

EINLEITUNG

„Wir wollen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.“ Diese Willenserklärung findet sich in der ersten öffentlichen Darstellung des Gedankenguts einer christlich-demokratischen Partei in Lübeck im Oktober 1945¹ durch deren Mitbegründer, Senator Adolf Ehrtmann². Dieser knüpfte damit an seine politische Arbeit in Lübeck vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 an, die er bis dahin insbesondere als einziger Abgeordneter des Zentrums in der Lübecker Bürgerschaft geleistet hatte. Diese Veranstaltung war ein Meilenstein beim Aufbau demokratischer Strukturen in der Hansestadt Lübeck in der ersten Nachkriegszeit vom Mai 1945 bis April 1947. Diese Zeit ist bisher leider nur sehr unvollständig dokumentiert worden, obwohl hierzu insbesondere in den Archiven der Hansestadt Lübeck und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin eine Vielzahl von Materialien verfügbar sind. Mit der vorliegenden Publikation, in deren Mittelpunkt die Entstehungsgeschichte der Lübecker CDU steht, soll daher ein Beitrag zur Reduzierung dieser „weißen Flecken“ in der CDU-Geschichte und der Lübecker Stadtgeschichte geleistet werden.

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis einer langjährigen Recherchearbeit, die der Verfasser 2005 begann, nachdem er bis dahin das

- 1| *Auszug aus dem Referat von Adolf Ehrtmann, gehalten am 17. Oktober 1945, in: AHL 04.01-0 (Zentralamt, Hauptamt) Nr. 240 (CDU Lübeck). Zum Wortlaut vgl. Dok. Nr. 6 im Anhang.*
- 2| *Adolf Ehrtmann (1897–1979), Geschäftsführer, Rendant; 1918 Mitglied des Zentrums, 1926–1933 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, 1942 Verhaftung und 1943 Verurteilung durch den Volksgerichtshof – formal zu fünf Jahren Zuchthaus, aufgrund des nationalsozialistischen Kriegsrechts aber tatsächlich zu einem zeitlich unbegrenzten Zuchthausaufenthalt, da die verhängte Strafe durch seine Zuordnung zum Personenkreis der „Kriegstäter“ erst nach Beendigung des Krieges offiziell beginnen sollte. 1945–1970 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, 1946–1966 ehrenamtlicher Bausenator und von 1966–1970 ehrenamtlicher Senator für Öffentliche Einrichtungen der Hansestadt Lübeck. Vgl. dazu auch Kaske: Wir wollen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen; Sinner: Tradition und Fortschritt, S. 70f., und Thoemmes: Adolf Ehrtmann. Weitere Informationen zu Adolf Ehrtmann enthält auch der zweite Vortrag über ihn, den der Verfasser am 23. Oktober 2010 zum Thema „Der Führer hat angeordnet... Neueste Forschungen zum Widerstandskämpfer, Kirchenmann und CDU-Mitbegründer Adolf Ehrtmann“ gehalten hat. Die vollständige Textfassung dieses Vortrags befindet sich in: ACDP 02-046-191/1 (Bestand KV Lübeck).*

politische Geschehen in Lübeck mehr als 45 Jahre lang in den unterschiedlichsten Funktionen aktiv mitgestaltet bzw. begleitet hatte. Dies geschah u. a. im parteipolitischen Bereich in Spitzenpositionen der Lübecker Jungen Union und CDU sowie im kommunalpolitischen Bereich als Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und Senator der Hansestadt Lübeck.

Immer wieder hatte er in diesen Funktionen anderen und sich selbst die Fragen nach dem „Warum“ und dem „Wie“ des jeweiligen politischen Handelns zu beantworten. Daraus erwuchs das Interesse daran, zu erfahren, welche Antworten wohl die Vorgänger in den entsprechenden Ämtern jeweils auf diese Fragen zu ihrer Zeit gefunden hatten.

Aus diesem Interesse heraus entstanden ist nun eine Publikation, die nicht das Werk eines Historikers darstellt, sondern eines historisch interessierten Politikers, der davon überzeugt ist, dass bei der Beschäftigung mit der Politik Kenntnisse über das „Woher“ genauso erforderlich sind wie die Vorstellungen von dem „Wohin“. Es gilt das Wort Konrad Adenauers: „Man muss das Gestern kennen, man muss auch an das Gestern denken, wenn man das Morgen wirklich gut und dauerhaft gestalten will.“³ In diesem Sinne soll mit dieser Publikation ein Beitrag zur Verbesserung des Wissens über die Entstehung der CDU und den Aufbau demokratischer Strukturen in Lübeck geleistet werden.

Dass es möglich ist, die damaligen Geschehnisse in Lübeck von den ersten Anfängen her so detailliert darzustellen, ist vor allem Paul Bock zu verdanken, der am 3. Mai 1945 mit dem Schreiben eines Tagebuches begann, das mit seiner Fülle von Schilderungen aus dem Leben im Lübeck der ersten Nachkriegsjahren zusammen mit den weiteren umfangreichen Materialien eine ganz wichtige Quelle für Aufarbeitungen der Geschichte der Stadt in dieser Zeit darstellt.⁴ Paul Bock hatte sich ebenfalls bereits vor 1933 in Lübeck politisch betätigt, und zwar als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei bzw. deren Nachfol-

3 | *Konrad Adenauer in einer Feierstunde in der Frankfurter Universität am 30. Juni 1952, abgedruckt in: Kanzlerworte, S. 27.*

4 | *AHL 05.5 (NL Paul Bock) Tagebuch von Paul Bock (im weiteren zitiert als TB Bock) – Paul Bock (1890–1968), Unternehmer, Alleininhaber der Speditionsfirma J. G. Nöltingk & Cordes; 1914–1918 Soldat, 1919–1933 Mitglied der DDP/DStP, 1945 Mitgründer der CDU in Lübeck, 1946–1947 und 1950–1951 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, ab 1947 Tätigkeit als Handelsrichter, 1953–1957 MdB.*

georganisation, der Deutschen Staatspartei.⁵ Kein anderer Lübecker Nachkriegspolitiker, leider auch nicht die beiden Persönlichkeiten, die die Politik der Stadt in den ersten Nachkriegsjahren am nachhaltigsten geprägt haben – nämlich auf Seiten der SPD Bürgermeister Otto Passarge⁶ und auf CDU-Seite Senator Adolf Ehrtmann – hat uns einen derart authentischen und umfangreichen Einblick in die politischen Geschehnisse dieser Jahre hinterlassen wie Paul Bock – und das, obwohl seine ihm in dieser Zeit tatsächlich eingeräumten Möglichkeiten der aktiven politischen Betätigung gar nicht den Umfang annahmen, den er sich selbst gewünscht hatte.

Das Tagebuch von Paul Bock, das in nächster Zeit als Edition erscheinen wird, wird hier als eine der Hauptquellen genutzt. Doch neben diesem und den umfangreichen Materialien im Archiv der Hansestadt Lübeck und der CDU Lübeck im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung hat der Verfasser auch bei einer Vielzahl von Besuchen in Archiven im gesamten Bundesgebiet und bei Besuchen im Britischen Nationalarchiv in Kew bei London die dort lagernden Materialien mit Bezug zum Thema dieser Publikation ausgewertet.

Diese Publikation dient vor allem zwei Zielen: Zum einen will sie den politisch interessierten, insbesondere jüngeren, Menschen unserer Tage eine Zeit näherbringen, über die meist nur vage, manchmal auch gar keine Kenntnisse vorliegen. Dies ist zu bedauern, weil die nachfolgende Darstellung diejenige Zeit umfasst, in der zumindest die beiden großen, noch heute das politische Leben in unserem Land und unserer Stadt entscheidend mitprägenden Parteien, nämlich die CDU und die SPD, die Fundamente ihrer Arbeit im Nachkriegs-Deutschland schufen.

Das zweite Ziel dieser Publikation ist es, die Aufmerksamkeit insbesondere auf die beiden vorgenannten CDU-Persönlichkeiten aus dieser Zeit

5| *Schreiben von Paul Bock vom 18. Februar 1954, in: ACDP 02-046-076/1 (Bestand KV Lübeck).*

6| *Otto Passarge (1891–1976), Maurer; 1908 Mitgründer der SAJ, seit 1910 Mitglied der SPD, 1914–1918 Soldat, 1921–1933 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft (1930–1933 Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1936 „Schutzhelfer“, 1939–1940 Inhaftierung im KZ Oranienburg, 1945 Polizeipräsident in Lübeck, 1946–1950 ehrenamtlicher und 1950–1956 hauptamtlicher Bürgermeister der Hansestadt Lübeck. Vgl. Sinner: Tradition und Fortschritt, S. 186–189, und Hemmie: Otto Passarge.*

des politischen Neuanfangs in Lübeck zu richten. Beider Bedeutung liegt insbesondere in einem Tatbestand, auf den nachfolgend hier eingegangen werden soll: Das ist die Tatsache, dass die politische Aufbauarbeit in Lübeck, soweit es die CDU betraf, insbesondere von Persönlichkeiten wie Adolf Ehrtmann und Paul Bock geleistet wurde, die bereit waren, sich in schwerster Zeit ehrenamtlich zu betätigen. Ein solches Engagement wick, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen werden, vom typischen Verhalten der Menschen in jener Zeit deutlich ab.

Niemand hätte es demgemäß beispielsweise Adolf Ehrtmann und Paul Bock verübeln können, wenn sie sich angesichts der allgemeinen Not und ihrer persönlichen Situation nach Kriegsende auf die Fürsorge für ihre Familie und die Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlagen beschränkt hätten. Adolf Ehrtmann hätte beispielsweise sicherlich nach seiner Befreiung durch die Russen aus dem Zuchthaus in Brandenburg im April 1945 und nach dem gefährvollen Weg, auf dem er – körperlich stark geschwächt – am 26. Juni 1945 Lübeck wieder erreichte⁷, allgemeines Verständnis gefunden, wenn er die verbliebenen Kräfte voll und ganz seiner Frau und seinen acht Kindern sowie der wieder aufgenommenen Tätigkeit als Geschäftsführer einer Wohnungsbau-genossenschaft gewidmet hätte.

Und auch Paul Bock hätte angesichts seiner damaligen wirtschaftlichen Situation und seiner im Tagebuch geschilderten vielfältigen Bemühungen um neue Einkommensquellen ebenfalls allgemeine Zustimmung für eine Entscheidung gefunden, seine Arbeit voll auf seinen Familien- und Freundeskreis und auf den Aus- und Aufbau seiner wirtschaftlichen Grundlagen zu beschränken.

Glücklicherweise taten beide dies nicht. Adolf Ehrtmann, der christlich-soziale Demokrat mit hohen menschlichen Fähigkeiten und dem Sinn gerade auch für die praktische politische Arbeit, und Paul Bock, der aufrechte links-liberale Demokrat, der zunächst der Idee einer christlich-demokratischen Partei durchaus skeptisch gegenübergestanden hatte, sie beide machten sich vielmehr gemeinsam an die politische Aufbauarbeit. Und mit ihnen taten dies auch manch andere Bürgerinnen und Bürger Lübecks – „alteingesessene“ Persönlichkeiten genauso wie Men-

7| *Daten und Fakten aus Thoemmes: Adolf Ehrtmann. Dort ist das Gesamt-lebenswerk von Adolf Ehrtmann mit einer Quellen- und Literaturangabe sehr sachkundig dargestellt und gewürdigt worden.*

schen, die Flucht, Vertreibung oder andere Kriegswirren nach Lübeck geführt hatte. Sie begaben sich gemeinsam auf einen neuen politischen Weg und schufen die Lübecker CDU. In ihnen war jener Geist wirksam, der „hanseatisch“ ist, nämlich: Über die Sorge für das eigene Wohl das Wohl der Allgemeinheit nicht außer Acht zu lassen und gerade in Zeiten allgemeiner Not der Stadt zu dienen, die den eigenen Lebensmittelpunkt bildete. Sie engagierten sich dabei trotz eigener drückender Sorgen und Nöte und demgemäß sind diese Akteure auch heute noch beeindruckende Vorbilder. Man kann es auch anders ausdrücken: Sie waren die bewundernswerten „Ehrenamtler der ersten Stunde“.

Durch diese Publikation werden uns nun zunächst die Ereignisse und Entwicklungen von Mai bis Juli 1945 nähergebracht, als die in Lübeck zu einem demokratischen Neubeginn bereiten Politiker noch gar keine Erlaubnis von den Briten zu einer Parteigründung hatten, worauf sie allerdings offenbar sowieso keine Gedanken verwendeten, weil sie voll- und ausschließlich damit beschäftigt waren, nach dem „Feuerwehr-Prinzip“ zu handeln. Das heißt, dass sie in dieser Zeit mit den unterschiedlichsten Politik-Themen konfrontiert wurden und sich den vielen „Bränden“ in der politischen Landschaft Lübecks dieser Tage widmen mussten, für die sie dann der damals einzig entscheidungsbefugten Instanz, der britischen Besatzungsmacht, pragmatische Lösungen vorzulegen hatten.

Aus dieser Zeit ist aber auch ein Sachverhalt einbezogen, der bereits kurz nach Kriegsende zwar im Bereich des Lübecker Wirtschaftslebens begann, sich dann aber später in den politischen Bereich verlagerte und dort auch direkt in den Prozess der Gründung der Lübecker CDU hineinwirkte.

Zum Verständnis dieses Sachverhalts muss man sich zunächst vergegenwärtigen, dass die Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager, die begannen, den politischen Neubeginn in Lübeck mitzugestalten, überwiegend bereits vor 1933 politisch aktiv waren und dass für sie seinerzeit mit ihrem Ausscheiden aus der politischen Arbeit durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten auch weitestgehend das Ausscheiden aus dem übrigen öffentlichen Leben in Lübeck verbunden war. Nunmehr erlebten diese Politiker schon sehr schnell, dass ihr Wiedereintritt in das öffentliche Leben der Stadt nicht überall auf Zustimmung stieß, nämlich nicht bei den Kräften im bürgerlichen Lager, die ihre bisherige, auch in der Zeit des Nationalsozialismus weiterbestehende dominierende Rolle im öffentlichen Leben in die neue Zeit nach Kriegs-

ende hinüberretten wollten. Die Frontstellung zwischen diesen beiden Gruppen zeigte sich schon sehr bald, nämlich insbesondere in den nachfolgend ausführlich dargestellten Vorgängen um die Neuwahl der Organe der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck in den Monaten Mai bis Juli 1945.

In diesen Vorgängen kann auch die Ursache dafür gesehen werden, dass im Herbst und Winter 1945/1946 die Kräfte des politischen Neubeginns, die dann schließlich die CDU Lübeck gründeten, so konsequent und nachdrücklich die Zusammenarbeit oder gar den Zusammenschluss mit den Kreisen ablehnten, die im Herbst 1945 eine Partei mit dem Namen „Deutsche Sammlung“ ins Leben riefen. Bei den Akteuren der letztgenannten Partei handelte es sich maßgeblich um jene, denen eine Reihe der späteren CDU-Leute schon bei der IHK-Neuwahl gegenübergestanden hatte und denen sie dort letztlich unterlegen war. Nach den Erfolgen dieser Kräfte bei der IHK-Neuwahl wollten die späteren CDU-Gründer offensichtlich nicht auch im politischen Bereich das Nachsehen haben.

Im Anschluss an diese erste Phase der politischen Nachkriegsentwicklung in Lübeck wird unser Blick sodann in der zweiten Phase, die sich über die Zeit von August bis November 1945 erstreckt, auf die Aktivitäten gelenkt, die in der Schaffung von Grundstrukturen für die zukünftige politische Arbeit in Lübeck bestanden. Dazu gehörten sowohl die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die deutsche parteipolitische Betätigung durch die Briten und die deutschen Bemühungen zur Neu- bzw. Wiedergründung politischer Parteien als auch die Arbeiten zur Schaffung neuer, und zwar jetzt demokratischer, kommunalpolitischer Strukturen auf der örtlichen Ebene.

Bevor es aber dazu kam, gab es im August 1945 eine Etappe in der politischen Nachkriegsentwicklung in Lübeck, die von der andernorts fast überall anzutreffenden Entwicklung abwich und die bisher kaum beachtet wurde. Es ist dies die Situation, dass zwar auch in Lübeck erste parteipolitische Überlegungen angestellt wurden, diese aber zu- meist noch nicht auf die Schaffung von Parteien in dem uns heute ge- läufigen Sinne, sondern auf die Schaffung einer „Einheitspartei der Demokraten“ ausgerichtet waren. Diese Phase war jedoch nur von kurzer Dauer und leitete über in die Anfänge der Neugründung bzw. Wiedergründung politischer Parteien in den uns bis heute vertrauten Strukturen. Ermöglicht wurde diese Entwicklung vor allem durch die im September 1945 verstärkt einsetzenden Bemühungen der Briten

zur Schaffung von Rechtsgrundlagen für entsprechende deutsche Aktivitäten, die ihren Niederschlag in einer Reihe von in dieser Zeit erlassener Verordnungen fanden.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in den anderen Teilen der damaligen Provinz Schleswig-Holstein, wo sich eine „christlich geprägte Sammlungspartei ... relativ unangefochten ... entwickelte, entstanden nach dem Kriegsende 1945 in Lübeck gleich drei bürgerliche Gründungen: Die ‚Deutsche Sammlung‘, der ‚Bund freier Demokraten‘ und die ‚Christlich-Demokratische Partei‘“, die auf die politischen Lager der Weimarer Republik zurückgingen.⁸

In diese zweite Phase der politischen Nachkriegsentwicklung fielen dann ab September 1945 neben den parteipolitischen Aktivitäten aber auch, wie erwähnt, die Arbeiten zur Schaffung neuer demokratischer kommunalpolitischer Strukturen auf der örtlichen Ebene. In Lübeck bestanden diese Arbeiten konkret in den Vorbereitungen zur Einsetzung der ersten Nachkriegsbürgerschaft der Hansestadt Lübeck, die dann in deren Arbeitsaufnahme im November 1945 einmündeten.

Von Dezember 1945 bis März 1946 folgten dann als nächste Phase auf die Schaffung der Grundstrukturen die ersten praktischen Schritte in der politischen Arbeit sowohl der CDU auf der örtlichen und der überörtlichen Ebene als auch erste wichtige kommunalpolitische Entscheidungen in der ernannten Lübecker Bürgerschaft. Zu den Meilensteinen in der CDU-Arbeit zählen dabei die formale Gründung der CDU im Dezember 1945 und deren Genehmigung im Februar 1946 durch die britische Besatzungsmacht. Ferner auch im Januar 1946 der erste öffentliche Auftritt der Lübecker CDU und die erste Beteiligung an Sitzungen der CDU auf der Ebene der britischen Besatzungszone. Und – soweit

8| *Zitat von Wulf: Sammlung rechts von der Sozialdemokratie, S. 136f., der die Herkunft der einzelnen Parteien folgendermaßen darstellt: „Die ‚Deutsche Sammlung‘ war national-konservativ ausgerichtet und band ehemalige Mitglieder der vor 1933 auf dem rechten Parteispektrum stehenden ‚Deutschnationalen Volkspartei DNVP‘ und Teile der rechts-liberalen ‚Deutschen Volkspartei DVP‘ an sich. Der ‚Bund der freien Demokraten‘ konnte sich insbesondere auf Anhänger der früheren linksliberalen ‚Deutschen Demokratischen Partei DDP‘ stützen und die ‚Christlich-Demokratische Partei‘ baute hauptsächlich auf Anhängerschaft des ehemaligen Zentrums auf.“ Diese Veröffentlichung enthält auch viele weitere Angaben zur Entstehungsgeschichte der Lübecker CDU.*

es die politische Ausrichtung der neugegründeten Partei betrifft – auch die endgültige Absage an eine Zusammenarbeit mit der „Deutschen Sammlung“ nach der Jahreswende 1945/1946.

In der kommunalpolitischen Arbeit im Lübecker Rathaus wurde in dieser Phase der politischen Nachkriegsentwicklung u. a. eine Initiative in der Bürgerschaftssitzung im Januar 1946 zum Thema der Wiederherstellung der 1937 von den Nationalsozialisten beendeten Lübecker Selbständigkeit im Deutschen Reich gestartet, es fanden aber auch Beratungen über eine neue Lübecker Kommunalverfassung statt, die in der ersten März-Sitzung 1946 durch die Bürgerschaft endgültig beschlossen wurde und es folgten daraufhin dann auch in der zweiten Bürgerschaftssitzung in diesem Monat die personellen Besetzungen, die sich aus der neuen städtischen Verfassung ergaben.

Die nächste Phase der Lübecker politischen Nachkriegsentwicklung umfasst dann die Zeit von April 1946 bis Oktober 1946. Sie begann mit einer wichtigen Ergänzung der bisher entwickelten neuen demokratischen Strukturen durch das Erscheinen zweier Lübecker Tageszeitungen in deutscher Trägerschaft, der Lübecker Nachrichten (LN) und der Lübecker Freien Presse (LFP) ab Anfang April 1946. Von nun an gab es in Lübeck, was man zu Recht auch heute noch als „das Salz in der Suppe der politischen Arbeit“ bezeichnen kann: die Lübecker Presse.

Sie nahm schon, wie dargestellt werden wird, in dieser Phase der Nachkriegsentwicklung, die als die erste Bewährungsprobe für die politische Arbeit angesehen werden kann, die wichtige und unverzichtbare Rolle ein, die sie auch heute noch innehat, nämlich die unabhängige Begleitung des politischen Handelns. Insbesondere im Zusammenhang mit dem wichtigsten Ereignis in dieser Phase, der ersten demokratischen Wahl einer Lübecker Stadtvertretung nach zwölf Jahren der NS-Herrschaft, der Kommunalwahl am 13. Oktober 1946, wurde dies deutlich.

In diese Phase fällt aber auch das für die Lübecker CDU wichtigste Ereignis auf der kommunalpolitischen Ebene in der Berichtszeit dieser Publikation: Im August 1946 wurde aus der bisherigen „Fraktion der vereinigten Demokraten“ die „Fraktion der CDU“, die damit von nun ab auch als neue Partei in der Lübecker Kommunalpolitik „Flagge zeigte“.

Von November 1946 bis April 1947 folgte schließlich als letzte Phase des Darstellungszeitraumes dieser Publikation die Schilderung von politischen Ereignissen und Entwicklungen, die für die Lübecker CDU eine Mischung aus positiven und negativen Faktoren beinhaltete – eine Zeitspanne, die damit schon als eine Überleitung in die Zeit der Normalität der politischen Arbeit späterer Jahre angesehen werden kann. Das für die Arbeit aller demokratischen politischen Parteien in jener Zeit beginnende und bis heute für ihr Wirken charakteristische „Auf und Ab“ in ihrer Arbeit wurde in dieser Zeitspanne für die Lübecker CDU bereits Wirklichkeit, wie sich aus den nachfolgenden Darstellungen dieser Zeit ergibt. Für diese Zeit sollen hier in der Vorausschau beispielhaft nur, soweit es die positiven Aspekte der Parteiarbeit betrifft, die Gründung der Jungen Union im November 1946 und für die Negativ-Seite die CDU-Niederlage bei der Landtagswahl im April 1947 genannt werden.

Zur besseren Verdeutlichung der zuvor dargestellten Entwicklungsphasen sind im Anhang einige Dokumente, die für den Text und das Thema relevant sind, aufgeführt. Diese sind entweder im Faksimile abgebildet, um sie insgesamt darzustellen, oder in den inhaltlich wichtigsten Passagen abgedruckt.

Durch alle Phasen der Schilderung der frühesten Lübecker politischen Nachkriegsgeschichte ziehen sich gleichermaßen eine Reihe weiterer Aspekte, auf die nachfolgend noch hingewiesen werden soll, weil sie zur Abrundung des Bildes der politischen Arbeit in jener Zeit, die so ganz anders war als die heutige, eine wichtige und notwendige Ergänzung darstellen.

Zwingend geht daher in dieser Arbeit der Blick zunächst an verschiedenen Stellen zurück darauf, welch nachhaltigen Einfluss auf die politische Arbeit die zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen jener Zeit hatten, denen die gesamte Bevölkerung ausgesetzt war, und die sich zum Teil immer noch weiter verschlechterten.⁹

All diese Erschwernisse waren natürlich für diejenigen, die nicht nur mit den Widrigkeiten des alltäglichen Lebens kämpften, sondern sich

9| Vgl. dazu allgemein Stüber: *Der Kampf gegen den Hunger, und speziell für die Hansestadt Lübeck* Schreiber: Lübeck 1947.

über den eigenen beruflichen und familiären Lebenskreis hinaus engagierten, eine starke zusätzliche psychische und physische Belastung.

Bei den politisch Tätigen kamen dazu noch eine Reihe von Belastungen, die ihnen diese Arbeit noch zusätzlich erschwerten. Verwiesen sei hier nur auf die Erschwerung der politischen Tätigkeit durch den herrschenden Papiermangel, die geringen Möglichkeiten des Telefon-Einsatzes und auf die nur sehr beschränkt vorhandenen Reiseverbindungen. Dies alles sind Beispiele für die Schwierigkeiten speziell der politischen Arbeit aus der damaligen allgemeinen Mangel-Situation heraus. Besonders geprägt aber wurde die damalige politische Arbeit durch die Tatsache, dass sie vollständig im Rahmen der Grundsätze und der sehr detaillierten Regelungen der damaligen britischen Besatzungsmacht stattfinden musste.¹⁰

Gerade die Auswirkungen des letztgenannten Aspektes sind nachfolgend an vielen Stellen sichtbar. Wer sie unter dem speziellen Gesichtspunkt der Rolle der britischen Besatzungsmacht bei den politischen Neuanfängen in Lübeck betrachtet, dem werden dabei zwei herausragende Merkmale des britischen Handelns auffallen, die mittelbar oder unmittelbar das Entstehen der Lübecker Parteien insgesamt und damit natürlich auch das Entstehen der Lübecker CDU beeinflusst haben: Zum einen war es das erzieherische Engagement der Briten, d. h. ihre Bemühungen, die Deutschen mit den Regeln der westlichen Demokratie vertraut zu machen und sie für ein aktives politisches Engagement zu gewinnen. Dahinter stand die Einsicht der Briten, dass man den Deutschen nicht auf Dauer die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten vorenthalten könne. Daher sollte in einem schrittweisen Prozess – beginnend auf der örtlichen Ebene – die Übertragung der politischen Verantwortung auf die Deutschen erfolgen, und dann sollte es bei der praktischen Abwicklung natürlich auch „westlich-demokratisch“ zugehen. Exemplarisch für dieses Merkmal ist das im Februar 1946 dargestellte Projekt der Briten „Zur Verbreitung des Evangeliums der Demokratie“. Das zweite herausragende Merkmal des britischen Handelns im Zusammenhang mit der Entwicklung des neu organisierten politischen Lebens in Lübeck war die Schaffung von umfassenden

10| *Umfassende Informationen zu diesem interessanten Themenfeld bei Jürgensen: Die Briten in Schleswig-Holstein und Ders.: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein.*

Kontroll- und Genehmigungs-Mechanismen für die Parteiarbeit, die diese Arbeit erheblich belasteten. Ausführlich angesprochen ist dieses Merkmal im September 1945 im Zusammenhang mit der britischen Verordnung zur „Neugründung deutscher Parteien“¹¹.

Mit dieser Publikationen sollen demnach nicht nur neue und weiterführende Erkenntnisse über die Anfänge der CDU Lübeck vorgelegt werden, sondern darüber hinaus über die Lübecker Nachkriegspolitik insgesamt.

11 | *Die vorstehenden Sachverhalte und eine Reihe weiterer Daten und Fakten sowie die Schlussbemerkungen waren auch bereits Inhalt von Vorträgen, die der Verfasser über die Entstehung der CDU-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft sowie der Jungen Union Lübeck anlässlich deren 60-jährigen Bestehens im Jahre 2006 gehalten hat. Vgl. Kaske: Fraktion der vereinigten Demokraten.*